

Satzung des
„Trägerverein der Betreuenden Wiesengrundschule
Worms-Heppenheim e.V.“
(vereinsrechtliche Vorschriften und steuerlich notwendige Bestimmungen)

§ 1 Name, Sitz, Geschäftsjahr

1. Der Verein führt den Namen „Trägerverein der Betreuenden Wiesengrundschule Worms-Heppenheim“. Er wird im Folgenden kurz „Trägerverein“ genannt.
2. Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden. Nach der Eintragung führt er den Zusatz „e.V.“
3. Der Verein hat seinen Sitz in 67551 Worms-Heppenheim an der Wiesengrundschule, Kirchhofplatz 9-13. Der Verein wurde am 20.02.2013 gegründet.
4. Der Verein ist politisch, ethnisch und konfessionell neutral.
5. Das Geschäftsjahr des Vereins ist das Schuljahr vom 01.August bis 31.Juli.

§ 2 Zweck des Vereins

1. Zweck des Trägervereins ist die Betreuung
 - der Grundschüler aller Klassenstufen und
 - der Kinder, die als zusätzliche Schulvorbereitung den Schulkindergarten an der Paternus-Grundschule in Worms-Pfeddersheim oder die Pestalozzischule in Worms besuchen,in einem freiwilligen, außerunterrichtlichen Betreuungsangebot vor und nach dem vormittäglichen Klassenunterricht.
2. Der Verein ist selbstlos tätig. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung. Der Trägerverein finanziert sich aus beantragten Zuschüssen des Landes und des Schulträgers, aus Elternbeiträgen und Spenden. Die Antragsstellung hat fristgemäß jährlich durch ein Mitglied des Vorstands zu erfolgen. Mit der schriftlichen Genehmigung des Betreuungsangebotes kann der städtische Zuschuss beantragt werden, dessen Höhe sich nach der Zuweisung des Landes richtet.
3. Die Mittel des Vereins dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Der Vorstand ist grundsätzlich ehrenamtlich tätig. Über eine Ehrenamtspauschale entscheidet die Mitgliederversammlung
4. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Körperschaft fremd sind oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
5. Ehrenamtlich tätige Personen haben Anspruch auf Ersatz nachgewiesener Auslagen.
6. Das Betreuungsangebot kann nur eingerichtet werden, wenn mindestens 8 Schüler daran teilnehmen und die Maßnahmen durch die Zuschüsse abgesichert sind. Die Zuschüsse von Land und / oder Stadt und somit auch die Fortführung der Betreuung sind nicht einklagbar. Auf die Gewährung der Zuschüsse besteht kein Rechtsanspruch.

7. Der Trägerverein als Träger des Betreuungsangebotes trägt die Personal- und Sachkosten einschließlich aller anfallenden Lohnnebenkosten und Versicherungsbeiträgen. Die Betreuungszeit wird den Betreuern stundenweise vergütet.

§ 3 Erwerb der Mitgliedschaft

1. Mitglied des Vereins kann jede natürliche Person werden.
2. Das Betreuungsangebot kann nur genutzt werden, wenn eine Mitgliedschaft eines Erziehungsberechtigten besteht.
3. Die Mitglieder haben einen Beitrag zu errichten. Über die Höhe entscheidet die Mitgliederversammlung.
4. Wer die Mitgliedschaft erwerben will, hat über den Vorstand oder über die Schulleitung eine schriftliche Beitrittserklärung abzugeben. Mit dem Beitritt erkennt das Mitglied die Satzung des Trägervereins an. Über den schriftlichen Aufnahmeantrag entscheidet abschließend der Vorstand.
5. Die Mitgliedschaft im Trägerverein gilt für das jeweilige Kalenderjahr. Der Jahresbeitrag wird jeweils am 01.08. eines jeden Jahres per Lastschriftverfahren eingezogen. Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein Jahr, sofern sie nicht vorher gekündigt wird.

§ 4 Beendigung der Mitgliedschaft im Trägerverein

1. Die Mitgliedschaft endet:
 - a) mit dem Tod des Mitglieds.
 - b) durch freiwilligen Austritt jeweils zum Monatsende. Dieser ist schriftlich gegenüber dem Vorstand zu erklären und muss unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von vier Wochen erfolgen. Der bereits gezahlte Jahresbeitrag wird dabei nicht (teil-) rückerstattet.
 - c) durch Ausschluss aus dem Verein.
 - d) bei juristischen Personen durch deren Auflösung.

Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstandes von der Mitgliedsliste gestrichen werden, wenn es trotz zweimaliger Mahnung mit der Zahlung des Beitrages im Rückstand ist. Die Streichung ist dem Mitglied schriftlich mitzuteilen.

Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen grob verstoßen hat, durch den Beschluss der Mitgliederversammlung aus dem Verein ausgeschlossen werden. Vor der Beschlussfassung ist dem Mitglied Gelegenheit zu geben, sich persönlich vor dem Vorstand oder schriftlich zu rechtfertigen. Eine schriftliche Stellungnahme des Betroffenen ist in der Vorstandssitzung zu verlesen.

2. Mit dem Ausscheiden aus dem Trägerverein erlöschen alle Ansprüche diesem gegenüber.

§ 5 Vereinsvermögen

Das Vermögen des Trägervereins wird gebildet aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden, Sachzuwendungen sowie den zweckgebundenen Zuschüssen von Land und Stadt.

§ 6 Organe des Vereins

Organe des Vereins sind:

- a) der Vorstand
- b) die Mitgliederversammlung

§ 7 Der Vorstand

1. Der Vorstand des Vereins i. S. d. § 26 BGB besteht aus:

- a) dem 1. Vorsitzenden,
- b) dem 2. Vorsitzenden und
- c) dem Kassenwart.

Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich jeweils durch ein Mitglied des Vorstands einzeln vertreten.

Die Vereinigung mehrerer Vorstandsämter in einer Person ist unzulässig.

2. Der /die Schulleiter / in nimmt kraft Amtes an allen Sitzungen und Versammlungen mit beratender Stimme teil. Im Verhinderungsfall nimmt diese Aufgabe der / die ständige Vertreter / in oder der / die Dienstälteste Lehrer / in wahr.
3. Der / die Vorsitzende ist in allen dringenden, keinen Aufschub duldenden Fällen, der Gesprächs- und Verhandlungspartner für den / die Schulleiter / in oder deren /dessen Stellvertreter.

§ 8 Wahl und Amtsdauer des Vorstands

1. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren, vom Tag der Wahl an gerechnet, gewählt. Er bleibt jedoch bis zur Neuwahl eines Vorstands im Amt. Jedes Vorstandsmitglied ist einzeln zu wählen. Scheidet ein Mitglied des Vorstands während der Amtsperiode aus, so wählt der Vorstand ein Ersatzmitglied für die restliche Amtsdauer des Ausgeschiedenen.
2. Eine Wiederwahl ist möglich.
3. Wählbar sind nur Vereinsmitglieder. Rektor / in, Konrektor / in und der / die Dienstälteste können nicht gewählt werden.

§ 9 Die Zuständigkeit des Vorstands

1. Der Vorstand führt die Geschäfte des Vereins. Er hat insbesondere die Aufgaben:
 - a) Vorbereitung und Einberufung der (Jahres-) Mitgliederversammlung oder der außerordentlichen Mitgliederversammlung und Aufstellung der Tagesordnung.
 - b) Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung.

- c) Koordination der Betreuungsmaßnahmen mit der Schulleitung, die im Rahmen der gültigen Schulordnung und der Aussage des Gemeindeunfallversicherungsverbandes eine schulische Veranstaltung ist, bei der die Schüler gesetzlich unfallversichert sind.
 - d) Buchführung, Einziehen der Beträge, Erstellung des Geschäftsberichtes und des Verwendungsnachweises von Zuschüssen von Land und Stadt.
 - e) Verwaltung der Mitgliederdatei zusammen mit der Schulleitung.
 - f) Festsetzung des Vergütungssatzes für die Betreuer.
2. Die Entscheidung in allen Angelegenheiten mit Auswirkung für die Schule hat der Vorstand im Einvernehmen mit der Schulleitung und im Benehmen mit dem Schullehrerbeirat zu treffen. Kann ein Einvernehmen nicht hergestellt werden, so ist die Entscheidung einer außerordentlichen Mitgliederversammlung ohne Verzug herbeizuführen.

§ 10 Beschlussfassung des Vorstands

Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im Allgemeinen in Vorstandssitzungen. Die Vorstandssitzung leitet der 1. Vorsitzende, bei dessen Verhinderung der stellvertretende Vorsitzende. Die Beschlüsse des Vorstands sind halbjährlich zu protokollieren. Ein Vorstandsbeschluss kann auf schriftlichem Wege oder fernmündlich gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu der beschließenden Regelung erklären.

§ 11 Die Mitgliederversammlung

In der Mitgliederversammlung hat jedes anwesende Mitglied – auch ein Ehrenmitglied – eine Stimme. Familienmitglieder haben insgesamt eine Stimme. Die Mitgliederversammlung ist ausschließlich für folgende Angelegenheiten zuständig:

- a) Entgegennahme des Jahresberichtes des Vorstands; Entlastung des Vorstands.
- b) Feststellung der Höhe und der Fälligkeit des Jahresbeitrags.
- c) und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und der/des Kassenprüfers/in.
- d) Beschlussfassung über Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins.
- e) Ernennung von Ehrenmitgliedern
- f) Festlegung der zu zahlenden Beiträge in der Beitragsordnung.
- g) Beschlussfassung über die Einstellung des Betreuungsangebotes bei Kürzung der Zuschüsse und wenn diese nicht durch einen höheren Familienbeitrag ausgeglichen werden können.
- h) Festlegung der Verwendung von Mehreinnahmen oder Zusatzbeiträgen.
- i) Ausschluss von Mitgliedern (s. §4).
- j) Abstimmung über eine pauschale Aufwandsentschädigung für den Vorstand und deren Höhe (s. §2).

§ 12 Die Einberufung der Mitgliederversammlung

Mindestens einmal im Jahr im 2. Quartal soll die ordentliche Mitgliederversammlung stattfinden. Sie wird vom Vorstand unter Einhaltung einer Frist von zwei Wochen durch schriftliche Benachrichtigung unter Angabe der Tagesordnung einberufen. Die Frist beginnt

mit dem auf die Absendung der Einladung folgenden Werktages. Das Einladungsschreiben gilt dem Mitglied als zugegangen, wenn es an die letzte vom Mitglied dem Verein schriftlich bekannt gegebene Adresse gerichtet ist. Die Tagesordnung setzt der Vorstand fest.

§ 13 Die Beschlussfassung der Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung wird vom 1. Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung, vom 2. Vorsitzenden oder einem anderen Vorstandsmitglied geleitet. Ist kein Vorstandsmitglied anwesend, bestimmt die Versammlung den Leiter.

Der Protokollführer wird vom Versammlungsleiter bestimmt. Die Art der Abstimmung bestimmt der Versammlungsleiter. Die Abstimmung muss schriftlich durchgeführt werden, wenn ein Drittel der bei der Abstimmung anwesenden stimmberechtigten Mitglieder dies beantragen.

Die Mitgliederversammlung fasst Beschlüsse im Allgemeinen mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen; Stimmenthaltungen bleiben daher außer Betracht. Zur Änderung der Satzung (einschließlich des Vereinszweckes) ist jedoch eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen, zur Auflösung des Vereins eine solche von vier Fünfteln erforderlich.

Für die Wahlen gilt folgendes:

Hat im ersten Wahlgang kein Kandidat die Mehrheit der abgegebenen, gültigen Stimmen erreicht, findet eine Stichwahl zwischen den Kandidaten statt, welche die beiden höchsten Stimmzahlen erreicht haben.

Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Protokoll aufzunehmen, das vom jeweiligen Versammlungsleiter und dem Protokollführer zu unterzeichnen ist. Es soll folgende Feststellungen enthalten: Ort und Zeit der Versammlung, die Person des Versammlungsleiters und des Protokollführers, die Zahl der erschienenen Mitglieder, die Tagesordnung, die einzelnen Abstimmungsergebnisse und die Art der Abstimmung. Bei Satzungsänderungen ist die zu ändernde Bestimmung anzugeben.

§ 14 Nachträgliche Anträge zur Tagesordnung

Jedes Mitglied kann spätestens eine Woche vor dem Tag der Mitgliederversammlung beim Vorstand schriftlich beantragen, dass weitere Angelegenheiten nachträglich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Der Versammlungsleiter hat zu Beginn der Mitgliederversammlung die Tagesordnung entsprechend zu ergänzen. Über Anträge auf Ergänzung der Tagesordnung, die erst in der Mitgliederversammlung gestellt werden, beschließt die Mitgliederversammlung. Zur Annahme des Antrags ist eine Mehrheit von drei Viertel der abgegebenen gültigen Stimmen erforderlich.

Hiervon ausgenommen sind Anträge auf Satzungsänderungen, Auflösung des Vereins sowie die Wahl und Abberufung von Vorstandsmitgliedern; diese Anträge sollen den Mitgliedern mit der Tagesordnung angekündigt werden.

§15 Außerordentliche Mitgliederversammlungen

Der Vorstand kann jederzeit eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen. Diese muss einberufen werden, wenn das Interesse des Vereins es erfordert oder wenn die Einberufung von einem Zehntel aller Mitglieder schriftlich unter Angabe des Zwecks und der Gründe zum Vorstand verlangt wird. Für die außerordentliche Mitgliederversammlung gelten die § 10, 11, 12 und 13 entsprechend.

§ 16 Teilhabe der Schulleitung und des Schullehrerbeirates

1. Der / Die Schulleiter / in oder dessen Stellvertreter / Dienstältester und ein Mitglied des Schullehrerbeirates haben Sitz und beratende Stimme in allen Sitzungen und Versammlungen. Sie müssen ebenfalls nach der hier getroffenen Regelung eingeladen werden.
2. Vor der Beschlussfassung sind sie zu hören. Die Mitgliederversammlung muss bestrebt bleiben, Entscheidungen im Einvernehmen mit der Schulleitung und im Benehmen mit dem Schullehrerbeirat zu treffen

§ 17 Auflösung des Vereins und Anfallberechtigung

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung mit der in § 12 festgelegten Stimmenmehrheit beschlossen werden. Sofern die Mitgliederversammlung nichts anderes beschließt, sind der 1. Vorsitzende und der 2. Vorsitzende gemeinsam vertretungsberechtigte Liquidatoren. Die vorstehenden Vorschriften gelten entsprechend für den Fall, dass der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.
2. Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen des Vereins an die Wiesengrundschule Worms-Heppenheim, die es ausschließlich für die Grundschularbeit zu verwenden hat. Die Beschlüsse über die künftige Verwendung des Vermögens dürfen erst nach Einwilligung des Finanzamtes ausgeführt werden.

§18 Die Kassenprüfung

1. Die Mitgliederversammlung wählt für die Dauer von 2 Jahren mindestens eine/n Kassenprüfer/in. Diese/r muss unabhängig und unbefangen sein. Er darf nicht Mitglied des Vorstands oder Vereinsmitarbeiter sein oder mit den Organen des Vereins in familiärer Beziehung stehen.
2. Wiederwahl ist zulässig.
3. Der/Die Kassenprüfer/in ist ehrenamtlich tätig.
4. Die Kassenprüfung erfolgt einmal jährlich im 1. Quartal des Jahres für das vorangegangene Jahr (Hinweis: lange genug vor der Mitgliederversammlung)

5. Zum üblichen Prüfungsumfang gehören: a) Die Kassenprüfung insbesondere Bestandsprüfung; b) die Überprüfung ob Mittel wirtschaftlich verwendet wurden.; c) ob die Ausgaben sachlich gerechtfertigt, rechnerisch richtig und korrekt belegt sind.
6. Der/Die Kassenprüfer/in muss alle Unterlagen zur Verfügung gestellt bekommen, die für den Prüfauftrag erforderlich sind und die zuständigen Personen müssen alle notwendigen Auskünfte erteilen.

Der/Die Kassenprüfer/in erstattet auf der Mitgliederversammlung Bericht. Der Prüfbericht ist Grundlage für die Entlastung des Vorstands

§19 Datenschutz

Der Verein benötigt zur Erfüllung seiner Zwecke die personenbezogenen Daten seiner Mitglieder. Unter Beachtung der Regelungen der EU-Datenschutzgrundverordnung sowie des Bundesdatenschutzgesetzes werden personenbezogene Daten der Mitglieder im Verein verarbeitet.

Jedes Vereinsmitglied hat das Recht auf:

- Auskunft über die zur seiner Person gespeicherten Daten,
- Berichtigung der Daten, sofern diese unrichtig sind
- Sperrung der Daten, wenn deren Richtigkeit nicht feststeht,
- Löschung der Daten. wenn die Speicherung unzulässig war oder wird, z.B. beim Austritt aus dem Verein (Recht auf Vergessenwerden)
- Bereitstellung dieser Daten in einer gängigen Form (Recht auf Datenübertragung)

Die vorstehende Satzung wurde in der Gründungsversammlung vom **20.02.2013** errichtet. Geändert in der Mitgliederversammlung vom **21.05.2019**.